

## Ziegler: Und Tschüß!

**Mit einem Überraschungs-Coup kam Burkhard Ziegler (FW) 2017 an den Posten des Ersten Stadtrates. Jetzt hat er ihn fluchtartig verlassen. Was steckt dahinter?**

Das Amt des 1. Stadtrates abschaffen – mit dieser Forderung waren die „Freien Wähler“ 2016 zur Kommunalwahl angetreten. Mit ihrem überraschenden Wahlerfolg von 22.76% hätten sie fast die SPD überholt. Die beiden Parteien fanden sich dann in einer Koalition zusammen, zu der noch die FDP hinzugenommen wurde, um eine „komfortable Mehrheit“ zu haben. Für ihre Dienste als „Steigbügelhalter“ wurde sie mit einem Dezernenten-Posten belohnt.

### **Amtsübernahme nach „Lernprozess“**

Nach einem „Lernprozess“ fanden die Freien Wähler den Posten des 1. Stadtrates dann doch ganz nett. Mit Hilfe der „komfortablen Mehrheit“ der FW-SPD-FDP-Koalition besetzten sie ihn flugs mit Burkhard Ziegler. Vorher hatte man den Stuhl „zwangsgeräumt“: Mit zusätzlicher Hilfe der CDU als Beschaffer einer dazu notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit wurde der vorherige Amtsinhaber Franz-Rudolf Urhahn vorzeitig abgesetzt.

Die Amtszeit von Ziegler war von Mißgriffen und Fehlentscheidungen begleitet: Versuch der Einführung von Straßenanliegergebühren, Erhöhung der Grundsteuer und verschiedener anderer Gebühren, der untaugliche Versuch der Zusammenlegung der Feuerwehrgerätehäuser, und schließlich die Leugnung von Planungsfehlern bei der Erweiterung der Kläranlage und die rabiate Durchsetzung

der umstrittenen Ausbauplanung mit einer Kostenexplosion auf zuletzt 55 Millionen Euro. Die Quittung der Wähler kam prompt: Halbierung der FW von 10 auf 5 Stadtverordnete. Die FW-SPD-FDP-Koalition ist Geschichte.

### **April, April – ich geh dann mal!**

Auffällig ist nun die Eile, mit der Burkhard Ziegler „hinschmiß“ und sein Amt nicht noch für die verbleibende Amtszeit von 2 Jahren ausüben will (Hatte er doch die Presse wissen lassen: „Ich war sehr, sehr gerne Erster Stadtrat“). Nun aber musste der Magistrat eilig – sinigerweise am 1. April – zu einer Sondersitzung zusammentreten, um als einzigen Punkt die Entlassung Zieglers aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit zu beschließen.

Unter dem Druck der Hessischen Gemeindeordnung („Entweder hauptamtlicher Dezernent - oder Stadtverordneter“) habe er sich für Letzteres entschieden, teilte Ziegler der Presse mit. Er wolle „Verantwortung übernehmen“ und sich weiterhin politisch engagieren, weil ihm die Zukunft der Stadt am Herzen liege. Mit der Verantwortung ist es allerdings nicht weit her: Flugs teilten die Freien Wähler mit, dass als Vorsitzender ihrer geschrumpften Fraktion Stephan Mittelberg fungieren werde, Ziegler ist lediglich einer von zwei Stellvertretern. Warum also die überstürzte Flucht aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit?

### **Gibt es einen tieferen Grund?**

Ein möglicher Grund findet sich im Beamtenrecht: Angenommen, die neue Mehrheit im Rathaus nimmt die

Tätigkeit Zieglers der letzten 4 Jahre unter die Lupe, insbesondere sein Wirken als verantwortlicher Dezernent für die Stadtwerke und Einpeitscher der überteuerten Kläranlagenerweiterung. Dabei entdeckt sie vielleicht eine „Leiche im Keller“. Dann macht es unter Umständen einen Unterschied, ob er dann noch Beamter auf Zeit ist oder nicht. „Nichts geschieht ohne Ursache, sondern alles hat einen ausreichenden Grund“ - das wussten schon die alten Griechen. Und das wissen auch die alten Mörfelder und Walldorfer.



# Aus der Stadtverordnetenversammlung

## Grüne und CDU wollen neuen hauptamtlichen Ersten Stadtrat

Nach ersten Gesprächen mit allen Fraktionen in der neugewählten Stadtverordnetenversammlung haben die Grünen mitgeteilt, dass sie Koalitionsverhandlungen mit der CDU aufnehmen wollen.

Erste gemeinsame Anträge haben Grüne und CDU inzwischen eingebracht. Unter anderem soll die nach dem Rücktritt von Burkhard Ziegler unbesetzte Stelle des hauptamtlichen Ersten Stadtrats schnellstens wieder besetzt werden. Dazu wird die Bildung eines Wahlvorbereitungsausschusses beantragt. Auf wen auch immer die Stelle in der Ausschreibung

diesmal zugeschnitten werden soll: Die DKP/LL-Fraktion hat beantragt, die Stelle des hauptamtlichen Ersten Stadtrats mit einem kw-Vermerk zu versehen und nicht wieder zu besetzen. In der Begründung des Antrags wird daran erinnert: Nachdem die SPD/FW/FDP-Koalition abgewählt wurde und ihr Erster Stadtrat seinen Hut genommen hat, sollte die Gelegenheit von 2016, die Stelle abzuschaffen, nicht noch einmal verpasst werden.

Der hauptamtliche Erste Stadtrat ist ein Überbleibsel aus der Zeit der „Zwangvereinigung“ der selbständi-

gen Städte Mörfelden und Walldorf, die zur Folge hatte, dass einer von zwei SPD-Bürgermeistern einen neuen Job brauchte.

Zuletzt war diese Stelle der Preis für das Eintreten in eine Koalition, was die Einwohner\*innen unserer Stadt teuer zu stehen gekommen ist. Das muss nicht so bleiben.

**Wir haben in den letzten Monaten viele Spenden erhalten.**

**DANKE!**

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:  
Kreissparkasse GG**

**IBAN DE37 5085 2553 0009 0034 19**

## Nur Übereifer, oder faules Geschäft?



Hier, am Bornbruchsee, stand einmal ein Wäldchen. Der Auguststurm des Jahres 2019 hatte hier einigen Schaden angerichtet. Nach eineinhalb Jahren hat HessenForst auch hier „Aufräumarbeiten“ durchgeführt.

Ergebnis: Das vorher lediglich geschädigte Wäldchen ist nun fast ganz verschwunden und hat sich in große Holzstapel am Wegesrand verwandelt.



Ebenfalls gefällt wurden drei große alte Bäume um die Schutzhütte am Ufer des Sees.

Diese Bäume hatten dem Sturm standgehalten und wiesen keine erkennbaren Schäden auf.

War hier nur Übereifer am Werk? Oder stehen Geschäftsinteressen hinter diesem barbarischen Kahlschlag?

*Mehr Fotos zum Kahlschlag durch HessenForst rund um unsere Stadt finden Sie auf:  
[dkp-ll.de](http://dkp-ll.de)*

# Wenn alle Brunnlein fließen.....

Sicher haben sich viele über die Rohrbrücke gewundert, die vor Kurzem von einer niederländischen Firma über die Schwimmbadstraße gebaut wurde. Wozu ist sie gut?

Die Erweiterung der Kläranlage erfordert eine sog. „Wasserhaltung“. Das heißt, es muß verhindert werden, dass Grundwasser in die Baugrube einströmt.

Ausnahmsweise hat man sich hier für die billigste Methode entschieden: Die „offene Wasserhaltung“. Das Grundwasser wird aus der Baugrube abgepumpt und über eine Rohrleitung, die die Schwimmbadstraße überbrückt, in 600 m Entfernung in den Hegbach geleitet. Die Pumpenleistung beträgt ca. 700 Kubikmeter pro Stunde. In den 15 Monaten, in denen die Baugrube plangemäß entwässert werden soll, werden auf diese Weise ca. 5,5 Millionen Kubikmeter Grundwasser abgepumpt und fließen in den Bach.

Zum Vergleich: Der gesamte Trinkwasserverbrauch der Stadt Mörfelden-Walldorf beträgt im gleichen Zeitraum nur etwas mehr als 2 Millionen Kubikmeter.

## Der Grundwasserspiegel sinkt – der Wald leidet

Die Folge ist eine Grundwasserabsenkung in der Umgebung der Kläranlage, die den dort stehenden Wald sicher nicht gut tun wird. Die Trockenheit der Jahre 2018 und 2019, deren Folgen noch heute nicht überwunden sind, hat gezeigt, dass unsere Waldgebiete

stark unter der Trockenheit leiden. Der Grundwasserspiegel ist ohnehin schon gesunken, das ist allgemein bekannt. Das betrifft auch unsere Trinkwasserbrunnen in der Nähe des Wasserwerkes. In dieser Situation Millionen Kubikmeter Grundwasser einfach wegzupumpen und über das Bachsystem abfließen zu lassen, ist wohl kaum eine klimaverträgliche oder gar nachhaltige Maßnahme.

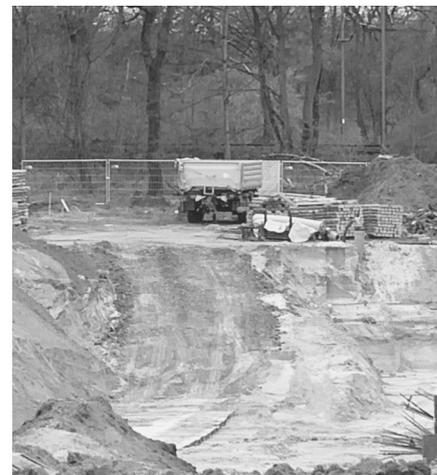
Aber immerhin hat die Verwaltung, wie man hört, schon mal eine Idee gehabt: Es soll eine kleine Menge des abgepumpten Grundwassers gesammelt werden,



*Hier fließen pro Stunde bis zu 700 m<sup>3</sup> Grundwasser nutzlos in Richtung Rhein*

damit das Gartenamt mit ihm Bäume im Stadtbereich wässern kann. Für wahr, ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Aber die restlichen Millionen Kubikmeter Grundwasser platschern weiter nutzlos über die Bäche in den Rhein.



*Die erste Baugrube der Kläranlagenerweiterung. Sie erfordert ständiges Abpumpen von Unmengen an Grundwasser*

## Wasser fließt von oben nach unten

Doch es geht noch weiter: Da Wasser bekanntlich von oben nach unten fließt, wird beim Abpumpen von Wasser aus der Baugrube neues Grundwasser aus Richtung des Bahndammes nachdrücken. Wie alte Mörfelder wissen, wurde der Bahndamm seinerzeit mit Erdreich aufgeschüttet, das aus zwei großen Gräben entlang des Dammverlaufs entnommen wurde. Diese Gräben wurden dann über viele Jahrzehnte, bis in die sechziger Jahre hinein, mit Hausmüll verfüllt. Die Bahn hat ihrerseits über Jahrzehnte hinweg Herbizide entlang der Bahnstrecke versprüht. Es kann als sicher gelten, dass all diese Stoffe entlang des Damms in das Grundwasser gelangen konnten.

## Die gesamte Planung muss auf den Prüfstand

Wir sagen: Hier muß schnell etwas Wirkungsvolles geschehen. Die gesamte Planung der Bauausführung dieser Kläranlagenerweiterung, die in der Ära Ziegler verzapft wurde, muss umgehend auf den Prüfstand. Vielleicht ist ja noch Geld zu retten, das noch nicht versenkt wurde.



*Zum Glück passen die Busse noch durch: Die Rohrbrücke über den ausgebauten Schwimmbadweg.*

Mehr zu diesem Thema  
lesen Sie auf:

[dkp-ll.de](http://dkp-ll.de)

# Womit haben die Kirchen ihre Sonderstellung verdient?

Es gibt in Deutschland politische Parteien mit dem Adjektiv christlich im Namen, deren Vertreter immer wieder dadurch auffallen, dass sie Schwarzgelder annehmen (Kohl, Schäuble), fremdenfeindliche Kampagnen und angebliche jüdische Vermächtnisse erfinden (Dregger, Koch), die sich in Krisenzeiten per Amtsmisbrauch persönlich bereichern (Nüsslein, Löbel usw.) oder dafür sorgen, dass tausende systemrelevante Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Pflege ihre Arbeit nicht nach angemessenen Tarifen bezahlt werden.

Wenn Fraktionsmitglieder, die einer angeblich christlich orientierten Partei angehören und die als solche zu Vertreterinnen und Vertretern gewählt worden sind, eine Ehrenerklärung abgeben müssen, um zu beweisen, dass sie moralisch

unangreifbar sind, muss gefragt werden, wofür „christlich“ überhaupt noch steht.

Solange die Evangelische Kirche und die Katholische Kirche in Deutschland, als Vertreterinnen der großen christlichen Glaubensgemeinschaften, hier nicht laut aufschreien und den o.g. Politikerinnen und Politikern den Deckmantel des angeblich christlichen Tuns wegreißen, dulden sie deren Verhalten und tragen mit dazu bei, dass die Anzahl der zahlenden und schlafenden Mitglieder dieser Glaubensgemeinschaften zu Recht stetig geringer wird.

Aber auch der Umgang mit jeder Art von Missbrauch, den Amtsträger christlicher Kirchen gegenüber den ihnen Anvertrauten verüben, grenzt deutlich an Vertuschung von Straf-

taten, die ausnahmslos – genauso wie jeder verübte Missbrauch selbst – vor die weltlichen Gerichte gehört.

Wenn die bisherige Praxis durch die Sonderstellung dieser Kirchen durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gedeckt wird, so machen sich daran alle schuldig, die einer entsprechenden Grundgesetz-Änderung im Wege stehen.

Welche politische Partei wird es wagen, eine solche Grundgesetz-Änderung zu beantragen, die endlich eine saubere Trennung von Staat und Kirche besiegelt? Was muss passieren, damit die unter dem Deckmantel des Christentums begangenen Straftaten endlich öffentlich be- und verhandelt werden können?

Wolfgang Dietz

## uz unsere zeit SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DKP

### Ferner liefern...

Das substanzlose Gekasper um die sogenannte „K-Frage“ ist nun vorbei und die Bürgerjournaille steht bereit, die nächste aufgepimpfte Sau durchs Dorf zu treiben.

Unterschlagen wurde, dass es um die Bundestagswahl geht, bei der ja über die Zusammensetzung des Bundestages entschieden wird und nicht darüber, wer Kanzler oder -in wird. Wo die Programme austauschbar sind, muss Politik personalisiert werden, mindestens seit die PR-Berater der CDU 1969 den Slogan „Auf den Kanzler kommt es an“ prägten. Ging es damals darum, zwei staatstragende Parteien besser unterscheidbar zu machen und von den kleineren abzugrenzen, so sind es heute drei Anwärter auf den Phantasetitel: Nachdem der unglaubliche Hulk aus Bayern zurückgezogen hat,

stehen im Licht eine bewährte rheinische Frohnatur und eine junge Frau, die mit einem unglaublichen Silbenausstoß pro Minute zu punkten weiß – da hat zwischen den Wörtern kein Gedanke mehr Raum.

Dass da noch einer ist, der sein verwachsenes Profil auf die Bühne zu tragen wünscht, fällt kaum noch auf. Das Propagandaziel ist erreicht:

Wer keinen Kanzlerkandidaten vorweist, ist jetzt schon unter „Ferner liefern“ eingeordnet.



**uz unsere zeit**  
Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Kommunistische Standpunkte.  
marxistische Analysen –  
Woche für Woche.

Jetzt 6 Wochen  
gratis probe lesen  
unsere-zeit.de • uzshop.de



Ostermarsch 2021 in Frankfurt am Main

Auch dieses Jahr waren wir als DKP zusammen mit Genoss\*innen der SDAJ gemeinsam auf dem Ostermarsch und bei der Friedenskundgebung auf dem Römerberg. Trotz Pandemie waren wir auf der Straße für Frieden und gegen Säbelrasseln im Osten.

# Kuba: Soli-Demo in Walldorf

Wir waren am 27. März als DKP gemeinsam mit der SDAJ auf dem Torrepellice Platz vor dem Bahnhof in Walldorf, um im Rahmen der Kampagne #UnblockCuba für das Ende der völkerrechtswidrigen Wirtschaftsblockade gegen Kuba zu demonstrieren.

Die von den USA 1960 ins Leben gerufene Blockade ist ein Überbleibsel des Kalten Krieges und des Weltmachtanspruches der Vereinigten Staaten. Dass es bei einer solchen Blockade nicht nur um Profitein-

bußen für Kuba geht, sondern um Menschenleben, wird gerade während der Coronapandemie schmerzlich klar.

Am 4. und 5. Mai wird die UN-Vollversammlung einmal mehr darüber beraten und abstimmen, ob die Blockade fallen gelassen werden soll.

In den vergangenen Jahren stimmte stets eine überwältigende Mehrheit der Mitgliedsstaaten der UN für das Ende der Blockade. 2019 stimmten bis auf die USA, Israel und Brasilien sogar alle anderen Mitgliedsstaaten für ein Ende der Blockade (unter der Ent-

haltung Kolumbiens und der Ukraine). Während Kuba also Mediziner\*innen in alle Welt schickt und selbstlos anderen Staaten hilft, sieht unsere Regierung dieser Ungerechtigkeit tatenlos zu.

Der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki Moon beschrieb das Engagement Kubas einmal so: „Ich habe die Welt bereist und gesehen wie hart und wie selbstlos kubanische Mediziner\*innen arbeiten, um Menschenleben zu retten.“ Für uns ist dieses Thema nicht abstrakt oder fern, weil wir in einem Land leben, das es Kuba mit Leichtigkeit gleichtun könnte, dessen Regierung aber jeden Tag beweist, dass sie schlichtweg andere

**Deshalb ist Kuba für uns ein Vorbild und deshalb sagen wir:**

Hoch die Internationale Solidarität

Solidarität mit dem sozialistischen Kuba und der kubanischen Revolution

#UnblockCuba



## Was ist öffentliches Interesse?

Vom Gesangverein der SKV kam ein Schreiben, das sowohl vom Hessischen Sängerbund, Chorjugend, Vereinigung der Liebhaberorchester, Mitteldeutscher Sängerbund, Landesmusikjugend etc. unterzeichnet war. Gemeinsame Anklage der hessischen Landesregierung zum Verbot von Chorproben und musikalischen Auftritten wegen der Coronapandemie. Besonders die Begründung erregt die Gemüter.

*„Es wird davon ausgegangen, dass ein besonderes öffentliches Interesse für Chorproben nicht besteht; Chor- und Orchesterproben, die nicht beruflich bedingt sind und für die deshalb kein öffentliches Interesse besteht, dürfen daher nicht stattfinden. Umfasst sind alle Zusammenkünfte zum Musizieren (...).“*

In Hessen gibt es über eine Million Menschen jeden Alters, die leidenschaftlich gemeinsam in Chören und Orchestern musizieren. Diese Ensembles sind essentielle Stütze des zivilgesellschaftlichen Engagements, kulturellen Schaffens und wichtige Sozialisationsinstanzen. Als Ort der Zusammenkunft tragen sie zum demokratischen Austausch und gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Die Laienmusiker machen 16% der Bevölkerung aus. Daneben gibt es viele Menschen, die zwar nicht selbst musizieren aber gern Musik hören. Sie empfinden die Formulierung „kein öffentliches Interesse“ herabwürdigend und diskriminierend, sie werden quasi abqualifiziert. Da wird allenthalben lobend hervorgehoben, dass es ums soziale Miteinander geht.

Das Verbot von Proben und das Ausrichten von Musikveranstaltungen wegen der Ansteckungsgefahr ist nachzuvollziehen. Das geschieht aber nicht wegen fehlendem öffentlichem Interesse, sondern aus Sorge um die Gesundheit. Es wird viel gesprochen von gravierenden Auswirkungen des Lockdowns in sozialer und psychischer Art, Abnahme der Lebensqualität wegen Einschränkungen und Verbote. Das betrifft nicht nur Schulkinder, sondern auch ältere Menschen. Sie fühlen sich der Vereinsamung ausgesetzt.

Inzwischen sind auch die Amateursportvereine aufs Abstellgleis geschoben. Nur die Profis dürfen noch aktiv sein, aber da geht es auch ums Geld.

Rudolf Dötsch

*(Rudolf Dötsch war jahrelang Stadtverordneter und Magistratsmitglied für die DKP/LL)*



## #Gerechte Bildung

Für gerechte Bildung? Was soll der Name? Jeder hat doch bei uns in Deutschland ein Recht auf Bildung und sogar die Pflicht, zur Schule zu gehen! Das stimmt zwar, allerdings gibt es in diesem Bildungssystem immer noch keine Chancengleichheit. Gerade SchülerInnen, Auszubildende, aber auch Studierende aus finanziell schwachen Familien haben es mit dem Zugang zu Bildung immer noch schwer. Dies zeigt sich insbesondere während der Corona-Pandemie. Die Digitalisierung ist in Deutschland immer noch auf einem zu schlechten Stand (Platz 16 in der EU), das rächt sich besonders während einer weltweiten Pandemie.

Ohne einen stabilen Onlinezugang ist es momentan nämlich überhaupt nicht möglich, richtig zu lernen. Wer hier privat nicht mit teureren Wlan- und Mobil-Verträgen nachhelfen kann, hat eben Pech gehabt und kann nicht am Online-Unterricht teilnehmen. Hier wird von Seiten der Politik so gut wie nichts unternommen. Auch der Ausbau der Infrastruktur in Schulen, Universitäten und Berufsschulen lässt zu wünschen übrig. Zur Einhaltung der Hygienekonzepte wäre es dringend notwendig, Luftreinigungsanlagen in Klassenräumen und Vorlesungssälen einzusetzen. Man setzt jedoch lieber auf das Öffnen von Fenstern bei Minusgraden und lässt es damit gut sein. An die Personen, die darunter zu leiden haben, wird von der Politik nicht gedacht. Gleichzeitig finden während dieser widrigen Umstände überall immer noch Prüfungen statt.

Sogar die Abschlussprüfungen an verschiedenen Schulen wurden letztes Jahr weiterhin abgehalten und es sieht so aus, als würde es dieses Jahr gerade so weitergehen. Unter noch mehr Leistungsdruck, als es in unserem Schulsystem sowieso schon gibt, müssen dabei

ganze Themenkomplexe selbstständig erarbeitet werden. In den Prüfungen wird dann auf die verschiedenen Voraussetzungen bei SchülerInnen, Auszubildenden und Studierenden natürlich keine Rücksicht genommen.

## Deshalb fordern wir:



- Garantierte Übernahme von Auszubildenden
- Eine flächendeckende Rückkehr zum Abschluss nach 13 Jahren
- Echte Hygienekonzepte
- Kostenfreie Nachhilfe
- Kostenfreie digitale Ausstattung
- Einsatz von Luftfiltern in allen Klassenzimmern

## Für ein Schulsystem, in dem wir mitentscheiden!

Weitere Infos zur Kampagne „#gerechte Bildung“ gibt's unter:

[gerechtebildung.org](http://gerechtebildung.org)



Die Kommunikation mittels abstrakter Zeichensysteme ist eine wesentliche Errungenschaft, die den Menschen von anderen Säugetieren unterscheidet und den technischen Fortschritt vorantrieb. Durch ihre hohe Bedeutung für das gesellschaftliche Leben ist die Sprache ein wichtiges Identifikationsmerkmal geworden, sie markiert die Zugehörigkeit zu bestimmten Nationen und sozialen Milieus. In der Politik ist Sprache ein wichtiges Werkzeug, um Menschen mitzureißen und seine Zielgruppe zu erreichen. So verwendet die herrschende Klasse im Kapitalismus sprachliche Mittel, um die bestehenden Verhältnisse zu bewahren und ihre Interessen als die der Mehrheit der Menschen auszugeben. Wir wollen uns die Entwicklung und Bedeutung von Sprache für unser gesellschaftliches Leben, aber auch für den politischen Kampf für den Sozialismus genauer anschauen.

# KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

## Die Banner gegen den Flughafen- ausbau wieder anbringen

**Zu Beginn der neuen Wahlzeit  
beantragt die DKP/Linke Liste:**

„Der Magistrat wird aufgefordert sicherzustellen, dass alle Banner, Plakate, Schilder sowie vergleichbare Medien, welche Forderungen bzgl. des Flughafens wiedergeben oder diesen anderweitig ablehnen und die zu Beginn der Wahlzeit 2016/2021 auf Antrag der SPD/FW/FDP-Koalition von städtischen Gebäuden und städtischem Gelände, insbesondere den Rathäusern, dem Wasserturm, am Badesee Walldorf usw. entfernt wurden,

unverzüglich aktualisiert wieder hergestellt und öffentlichkeitswirksam wieder angebracht werden.“

**In der Begründung heißt es:**

Im Interesse unserer Stadt und ihrer Einwohner\*innen ist es notwendig, dem Flughafen Grenzen zu setzen. Dazu gehört ein Umdenken beim Bau des Terminals 3, der Verzicht auf die Orientierung auf immer mehr „Billigflieger“ und die Ablehnung neuer Ausbaupläne zur Erhöhung der Zahl der Flugbewegungen. Im Sinne des

GRÜNEN-Antrags aus 2020 „Für einen umwelt- und sozialverträglichen Luftverkehr nach der Corona-Krise“, der damals in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit gefunden hat, sind wir gut beraten, wenn wir darauf hinwirken, dass es nach „Corona“ nicht wieder so weitergeht, wie vorher. Dies um so mehr, als Frankfurt inzwischen Mörfelden-Walldorf zunehmend als „Vorfeld“ des Flughafens für Parkplätze und Gewerbeflächen ansieht.

Eine kritische Haltung gegenüber dem „Klimakiller Luftverkehrswirtschaft“ sollte auch nach außen hin wieder deutlicher werden. Wir sehen darin einen unverzichtbaren Beitrag zum Klimaschutz.



Auch dieses Jahr fiel die traditionelle Maikundgebung wieder den Coronamaßnahmen zum Opfer. Der DGB-Ortsverband hatte jedoch eine Schilder-Demo vom Bürgerhaus Mörfelden zum Rathausplatz Mörfelden organisiert. Im diesjährigen Maiaufruf heißt es:

Liebe Kolleg\*innen, Liebe Freund\*innen,

wie oft haben wir alle in den letzten Monaten und Jahren den Seufzer getan: „Warum regt sich denn nichts? Warum sinken die Löhne? Warum werden Betriebe, die einen Betriebsrat haben, immer weniger? Wer stoppt die Tariffucht? Wieso immer mehr Leiharbeit, Werkverträge, Schwarzarbeit – und das alles zu Hungerlöhnen? Was wird aus meinem Arbeitsplatz? Was wird aus

der Gastronomie, den kleinen Läden? Wieso wird ein Multimilliardär immer reicher, der ‚seine‘ Beschäftigten um angemessene Löhne bescheißt? Wieso können sich Großkonzerne leisten, keine Steuern zu zahlen? Wieso müssen Amazon-Lohnabhängige in Flaschen pinkeln? Warum wird Arbeitslosen mit einer Sperre die Gurgel zu gequetscht, während Finanzbetrüger in Milliardenhöhe von Politikern gute Tipps bekommen? Was wird denn nun mit dem Klima? Was wird aus der Wohnungsnot? Warum steigen die Mieten endlos? Was wird aus meinem Ersparnen? Kommt eine Inflation? Warum wird der Verkehr immer stärker, die Autobahnen sind durch LKW verstopft und die Staus auf dem Weg zur Arbeit kosten im-

mer mehr Zeit? Wieso kriegen sie Corona nicht in den Griff? Warum müssen einsame Spaziergänger 250 Euro bezahlen, wenn sie nach 21 Uhr erwischt werden, während sich in den Betrieben und Bussen die Menschen knäulen müssen? Wieso steigern sie den Rüstungsetat, statt Pflegerinnen und Pfleger endlich besser zu bezahlen? Warum wird überhaupt alles privatisiert? Wieso wird in der Pandemie weiter Krankenhaus nach Krankenhaus geschlossen ...?“

**Es gibt auf diese Fragen eine Antwort:**

Weil wir es zulassen!

Ein erster Schritt in die richtige Richtung:

Am 1. Mai mit den anderen zusammen unseren Unmut zeigen. Ein kleiner Schritt, der große Folgen haben kann. Wenn viele mitmachen, wächst die Kraft!  
Raus aus den kapitalistischen Krisen!  
Nicht betteln, nicht bitten!  
Die Milliardäre zur Kasse!

**Heraus zum ersten Mai!**

# Stadtgeschichten



Unser heutiges Foto aus dem Jahre 1929 zeigt die Straßenbauer beim Ausbau der Frankfurter Straße, heute B44, in der Höhe von „Mitteldick“, heute Zeppelinheim. Sie mussten sich noch sehr plagen. Es wurde damals noch nicht mit modernen Maschinen gebaggert und geschoben. Nur mit Rechen, Gabeln und Schippen sowie mit primitiven Holzschubkarren wurden die von Pferdefuhrwerken angefahrenen Schottersteine verteilt und egalisiert. Der erste Fortschritt war die Dampfwalze, der es gelang, die Steinschicht für einen weiteren Belag zu verdichten. Die Arbeiter hatten nicht nur schwere körperliche Arbeit zu verrichten, sie kämpften auch mit ihrer Gewerkschaft ständig für kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne. Ohne diesen Kampf gäbe es heute noch die 48-Stundenwoche und keinen Urlaub mit Urlaubsgeld.



Mitteldick war ursprünglich eine Waldgemarkung, durch die der Hengstbach floss und die Frankfurter Straße unterquerte. Dort stand ein historisches Forsthaus mit Restaurant und östlich gegenüber der Straße die weithin bekannte Gaststätte „Falltorhaus Mitteldick“, nach seinem Besitzer auch kurz „Heister“ genannt. Auf dem Bild ist nur eine Person bekannt. Es ist rechts in der Mitte der Dreiergruppe mit Hemd ohne Mütze: Wilhelm Jourdan aus Walldorf, Waldstraße 61.



Der KuBa ist bis auf Weiteres geschlossen, wir informieren euch wieder über das Programm, sobald sich das ändert! Neuigkeiten zu Onlineveranstaltungen und kurzfristige Änderungen am Programm findet ihr unter [kuba-moerfelden.de](http://kuba-moerfelden.de)



[dkp-mw.de](http://dkp-mw.de)



[@dkpmoewa](https://www.instagram.com/dkpmoewa)



[/DKPLinkeListe](https://www.facebook.com/DKPLinkeListe)



[youtube.com/sdajtv](https://www.youtube.com/sdajtv)

Mehr Infos...



## Unser Lexikon

### Schbrisch

Do kennt isch  
feierroode Ferz  
losse.